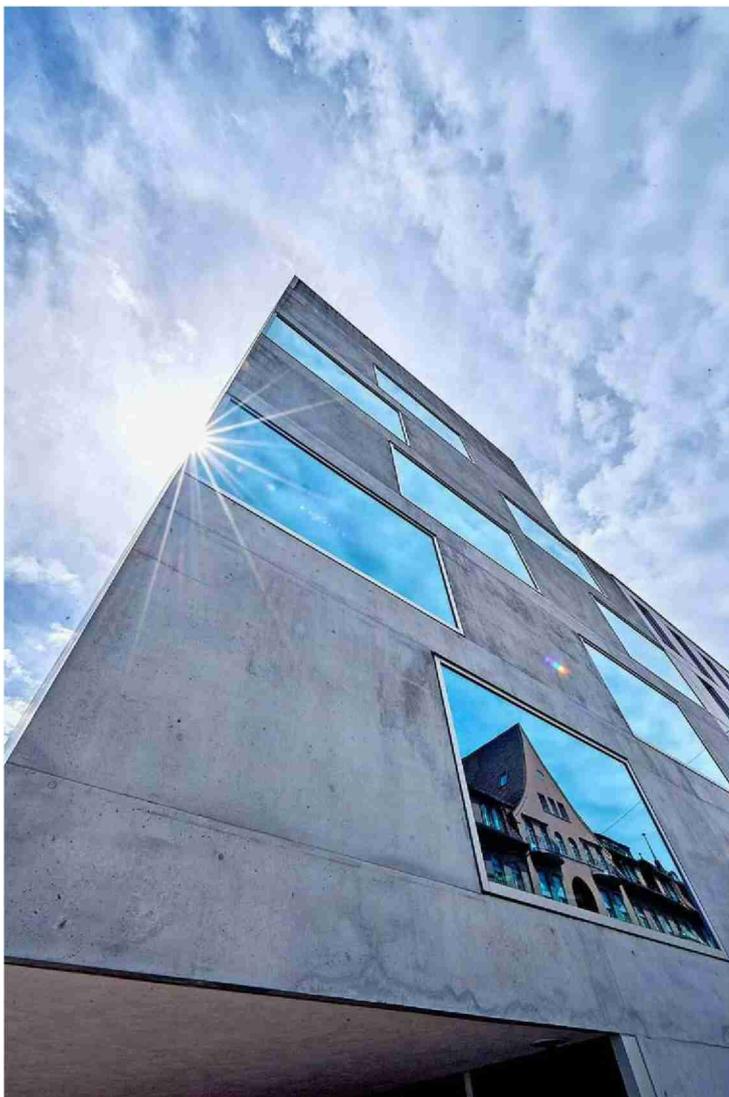




Ein Zügelverbot für die SRG hat es schwer

Radiostudio Nächste Woche entscheidet die zuständige Nationalratskommission über Vorstösse, die der SRG die Verlegung des Radios von Bern nach Zürich verbieten wollen. Es wird knapp.



Nun diskutiert die Kommission über das Radiostudio. Foto: Adrian Moser

Claudia Blumer, Naomi Jones

Die Wut war gross, als die SRG im September entschied, 170 Radiostellen von Bern nach Zürich zu verlegen. Zuvor hatte eine beispiellose Kampagne der Gegner den Entscheid zu verhindern versucht.

Die SRG blieb hart. Und so reichten vier Parteipräsidenten und ein Vizepräsident fünf gleichlautende parlamentarische Initiativen ein. Die Standortfrage soll im Gesetz festgeschrieben werden. Regula Rytz (Grüne), Albert Rösti (SVP), Gerhard Pfister (CVP) und Martin Landolt (BDP) sowie SP-Vizepräsident Beat Jans wollen verhindern, dass die SRG Stellen von Bern und Genf nach Zürich und Lausanne verlegt – auch in der Westschweiz will die SRG umstrukturieren. Im Ständerat hat Beat Vonlanthen (CVP, FR) dieselbe Initiative eingereicht. Angesichts dieser politischen Breite scheint das Geschäft unumstritten zu sein.

Gespaltene Parteien

Doch der Schein trügt. Am Montag und Dienstag berät die Fernmeldekommision des Nationalrats (KVF-N) die Vorstösse. Nachfragen bei Kommissionsmitgliedern zeigen, dass die Mehrheitsverhältnisse knapp sind. Die Parteien sind gespalten. In SVP, SP und CVP gibt es verschiedene Meinungen. So lehnt etwa der Bündner CVP-Nationalrat Martin Candinas die Vorstösse ab, obwohl sein Parteipräsident Gerhard Pfister daran mitgewirkt hat. «Wir wollen, dass die SRG unabhängig ist, publizistisch und betriebs-



wirtschaftlich», sagt er. Andere CVP-Parlamentarier sehen das ähnlich.

SVP-Nationalrat Thomas Hurter (SH) hat seinen Entscheid noch nicht gefällt. Er sei offen, sagt er. Andernfalls würden die Diskussionen in der Kommission und all die Anhörungen keinen Sinn machen. Die Kommission hört die Initianten an. Hurter lässt aber durchblicken, dass er die Vorstösse tendenziell ablehnt. Die SVP-Delegation entscheidet am Montagmorgen früh, wie sie sich positioniert. Und auch die Kommissionspräsidentin Edith Graf-Litscher (SP, TG) ist skeptisch: Es stelle sich die Frage, ob bezüglich der SRG-Standorte gesetzgeberischer Handlungsbedarf bestehe.

Derweil lobbyiert die SRG nach Kräften. In einem Papier, das dieser Zeitung vorliegt und das die Kommissionsmitglieder bekommen haben, argumentiert sie gegen das Zügelverbot: Föderalismus sei weniger eine Frage der Standorte als der Haltung, heisst es da zum Beispiel. Oder: Die organisatorische Freiheit und politische Unabhängigkeit der SRG gelte es zu bewahren. Oder: Die SRG müsse sparen, sie tue das lieber bei der Infrastruktur als bei den Arbeitsplätzen.

Eine staatspolitische Frage?

Die Argumente der SRG könne man gut kontern, sagt die Initiantin Regula Rytz. Die SRG schreibe auf ihrer Website selbst, dass ihr der Bund Tätigkeit, Organisation und Finanzierung im Wesentlichen vorgebe. Und auch die finanziellen Einsparungen durch die Zentralisierung seien gering. Es gehe hier nicht um eine Standort-, sondern um eine staatspolitische Frage: «Der Service public unterscheidet sich

von privaten Medien durch die breite regionale Verankerung und eigenständige Redaktionen. So steht es in Gesetz und Konzession. So wurde es in der No-Billag-Kampagne versprochen. So soll es auch gelebt werden.» Wenn sich am Dienstag trotz allem eine knappe Mehrheit dafür ausspricht, der SRG den Standort ihrer Studios vorzuschreiben, dann liegt das unter anderem am Lobbying von Rytz und ihren Mitinitianten. «Wir diskutieren viel und führen intensive Gespräche», sagt sie. Aber nicht nur sie waren aktiv. Auch der Berner Regierungsrat ist auf die Kommissionsmitglieder zugegangen, um sie davon zu überzeugen, dass die SRG ihre Studios nicht verschieben darf, wie Christoph Neuhaus (SVP) bestätigt. Als ehemaliger Journalist äussert sich der bernische Regierungspräsident immer wieder pointiert zu den Zentralisierungsplänen der SRG. «Wir Politiker müssen die SRG nun in die Pflicht nehmen», sagt er. Das täten die Medien mit den Politikern schliesslich auch. Durch den Zentralisierungsentcheid der SRG fühle er sich nach der No-Billag-Abstimmung «verschaukelt».

In der 24-köpfigen Kommission selbst werden sich vor allem die fünf Berner für die Studios Bern und Genf starkmachen. Etwa Adrian Amstutz (SVP): «Ich stehe mit Herzblut hinter den Vorstössen.» Die SVP Kanton Bern werde sie unterstützen. Oder Manfred Bühler (SVP): «Ich werde das Anliegen in der Kommissionsdebatte aktiv vertreten.» Im Vorfeld habe er aber nicht sichtbar dafür lobbyiert. Und Matthias Aebischer (SP), der ebenfalls klar für die Standorte Bern und Genf ist: «Das Verhalten der SRG nach der

No-Billag-Abstimmung erzürnt mich als ehemaligen Mitarbeiter und Lobbyisten für das Unternehmen.